Luxemburger Wort

Publication date : 23/11/2026 Page : 2
Tirage : 42332 Audience : 229000

Vier Gutachten stellen das Budget 2027 infrage

Analyse. Entlasten, investieren, sparen: Die Regierung will vieles zugleich. CNFP, IDEA, Staatsrat und Handwerkskammer zeigen, wo die Finanzplanung an Grenzen stößt

Von Nadine Schartz

Die Steuereinnahmen steigen kräftig, doch für neue politische Vorhaben bleibt dem Staat nicht unbedingt mehr Geld. Im Gegenteil: Die geplanten Ausgaben wachsen noch schneller als die Einnahmen, während bereits beschlossene und angekündigte Maßnahmen den Haushalt in den kommenden Jahren zusätzlich belasten werden. Dabei stellt sich die Frage, wie tragfähig die Finanzpolitik der Regierung unter diesen Voraussetzungen ist?

Die jüngsten Stellungnahmen zum Budget 2027 liefern darauf unterschiedliche Antworten. Der Conseil national des finances publiques (CNFP), die Fondation IDEA, die Chambre des Métiers und der Staatsrat setzen jeweils eigene Schwerpunkte. Zusammen zeigen ihre Analysen jedoch, wo die Haushaltsplanung von Finanzminister Gilles Roth (CSV) Schwachstellen aufweist.

Nach einem Zuwachs von 6,5 Prozent 2027 sollen die Ausgaben der Zentralverwaltung von 2028 bis 2030 im Schnitt um 4,5 Prozent jährlich steigen.

Die Regierung will die Kaufkraft stärken, Unternehmen entlasten und öffentliche Leistungen ausbauen. Gleichzeitig soll sich die Haushaltslage mittelfristig verbessern. Ob diese Ziele miteinander vereinbar sind, ist eine der zentralen Fragen, die sich aus den vier Avis ergeben. Dabei geht es nicht nur um die Verlässlichkeit der Einnahmen, sondern auch um die Kosten der unterschiedlichen politischen Entscheidungen und die Annahmen, auf denen die Finanzplanung für die kommenden Jahre beruht.

CNFP legt die Schwachstellen der Planung offen

Der unabhängige Finanzrat CNFP verweist etwa auf eine Verschlechterung der Haushaltsprognose. Für 2027 erwartet der Zentralstaat inzwischen 1,424 Milliarden Euro mehr Einnahmen als in der mittelfristigen Planung vom Oktober 2025. Die Ausgaben wurden jedoch um 1,875 Milliarden Euro nach oben korrigiert. Für dasselbe Jahr fällt das erwartete Defizit damit um 451 Millionen Euro höher aus.

Die zusätzlichen Einnahmen schaffen also keinen entsprechend großen Puffer. Gegenüber der vorigen Finanzplanung werden sie sogar von den zusätzlich vorgesehenen Ausgaben übertroffen. Das erklärt, weshalb steigende Steuereinnahmen und eine vorsichtige Bewertung des Budgets gleichzeitig berechtigt sein können.

Zudem ist entscheidend, wie die Einnahmen zustande kommen. Der CNFP nennt etwa die außergewöhnliche Erbschaft, die in diesem Jahr über 400 Millionen Euro einbrachte – eine Einnahme, die laut Roth zur Finanzierung der im Juni vereinbarten Tripartite-Maßnahmen verhalf.

Hinzu kommt die schnellere Bearbeitung älterer Steuererklärungen. Wenn Rückstände abgebaut werden, fließt zunächst mehr Geld in die Staatskasse. Dieser Effekt lasse sich aber nicht unbegrenzt fortsetzen, so der CNFP.

Der Rat weist denn auch auf die starke Abhängigkeit der Körperschaftsteuereinnahmen vom Finanz- und Versicherungssektor hin. Im Jahr 2025 stammten 77 Prozent dieser Einnahmen aus diesem Wirtschaftszweig. Diese hohe Konzentration stellt nach Einschätzung des Rates ein erhebliches Risiko dar, da die Steuereinnahmen stark von der Entwicklung des Finanzsektors abhängen.

Auf der Ausgabenseite liegt die entscheidende Annahme in den späteren Planungsjahren. Nach einem Zuwachs von 6,5 Prozent 2027 sollen die Ausgaben der Zentralverwaltung von 2028 bis 2030 im Schnitt um 4,5 Prozent jährlich steigen. Der CNFP verlangt eine genauere Begründung für diese erwartete Verlangsamung. Er erinnert daran, dass die in früheren Finanzplanungen für die späteren Jahre vorgesehenen Ausgaben anschließend meist nach oben korrigiert werden mussten.

Wenn die Verbesserung der Haushaltslage auf einer solchen Verlangsamung beruht, müsse nachvollziehbar sein, wodurch sie zustande kommen soll. Eine niedrigere Wachstumsrate in einer Tabelle ersetze noch keine konkreten Maßnahmen zur Begrenzung der Personal- und laufenden Ausgaben, so der CNFP.

IDEA stellt politische Gesamtrechnung infrage

An diesem Punkt setzt die Analyse von Michel-Edouard Ruben von der Fondation IDEA an. Sie betrachtet die Kombination aus steigenden Staatsausgaben und umfangreichen Steuerentlastungen. Die Ausgaben des Gesamtstaats steigen demnach von 43,8 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2019 auf voraussichtlich 49,8 Prozent 2027. Gleichzeitig sieht der Haushaltsentwurf eine weitere Senkung der Körperschaftsteuer um einen Prozentpunkt sowie zusätzliche steuerliche Entlastungen für die Haushalte vor.

Rubens Kritik richtet sich hauptsächlich auf die Vereinbarkeit dieser Ziele. Er hält den eingeschlagenen Weg für schwer vereinbar mit dem historischen Anspruch auf ausgeglichene oder sogar überschüssige Staatsfinanzen. Bleiben positive wirtschaftliche Entwicklungen oder unerwartete zusätzliche Steuereinnahmen aus, könnte sich nach Rubens Einschätzung ein neuer „Zukunftspak II“ zur Sanierung der Staatsfinanzen aufdrängen.

Sowohl in der Analyse von IDEA als auch im Avis des CNFP wird die Frage aufgeworfen, wie sich die langfristigen finanziellen Verpflichtungen des Staates finanzieren lassen beziehungsweise vie viel finanzieller Spielraum für andere politische Vorhaben bleibt.

L'utilisation de cet article n'est autorisée que pour un usage personnel ou interne. Toute reproduction ou diffusion est interdite.